



Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunisten  
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaft / Wirtschaftliche Rundschau

Bezugspreis monatl. frei Haus 2,50 RM. (halbmonatl. 1,25 RM.) durch die Post bezogen monatl. 2,20 RM. (ohne Aufstellungsgebühr). Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H. Dresden-Alt. Güterbahnhofstr. 2 / Betriebspreis: 17,250 / Postleitzettel: Dresden Nr. 18690. Dresdner Verlagsgesellschaft Schriftleitung: Dresden-Alt. Güterbahnhofstr. 2 / Heraus. Amt Dresden Nr. 17250 / Druckanstalt: Arbeiterstimme Dresden / Redaktion: Mittwochs 10 - 15 Uhr, Sonnabends 13 - 14 Uhr

1. Ein-  
zeichnungstag!

Bezirk Ost Sachsen

our unsere Frauen / Die Energie

4. Jahrgang

Dresden, Mittwoch den 3. Oktober 1928

Nummer 232

HEUTE

# Heute zeichne Dich ein!

Heraus gegen die imperialistische Front / Gegen die sozialimperialistischen Helfer des Kapitalismus / Das Volksbegehren beginnt / Von heute bis zum 16. Oktober mobilisiert alle Kräfte / Keiner darf fehlen / Millionen Unterschriften gegen die Panzerkreuzerhelden

## Entscheidet euch!

Eine der zahmreichsten Traditionen der sozialistischen Arbeiterbewegung, insbesondere aber auch der Sozialdemokratischen Partei der Vorkriegszeit, ist der Kampf gegen den Militarismus. Heute in der Geschichte nachzublättern, ist ein großer Gewinn. Vor mir liegt das Handbuch der sozialdemokratischen Parteitage von 1863 bis 1908. Fast ein halbes Jahrhundert, 16 Jahre Geschichte der revolutionären Arbeiterbewegung. Jedesmal, wenn die Partei August Bebel und Victor Liebknecht Heercharakter hat, um die Waffen des Klassenkampfes zu schmieden, da stand auch die Frage des Kampfes gegen den Moloch Militarismus auf der Tagesordnung. Die Geschichte der Sozialdemokratischen Partei der Vorkriegszeit ist die Geschichte des Kampfes gegen Militarismus und Imperialismus. Die Protokolle der Parteitage registrierten:

Der Kongress der Deutschen Arbeitervereine in Nürnberg am 9. September 1868 nahm eine Entschließung an, in der es u. a. heißt: „Der Arbeitertag empfiehlt allen seinen Mitgliedern bei Wahlen von Landtags- und Reichstagsabgeordneten u. w. nur solchen Männern ihre Stimme zu geben, die sich verpflichten, zum Zwecke der Erhaltung stehender Heere den Regierungen nimmermehr einen Groschen zu bewilligen.“ Und als der Kongress der Allgemeinen Deutschen Arbeitervereine am 9. Januar 1870 zusammentrat, formulierte er zur Frage des Militarismus u. a. folgenden Satz: „Die stehenden Heere sind die Hauptlinien der heutigen revolutionären Regierungen und zugleich der gesellschaftlichen Ausbeutung“. Ich lese diese Sätze ziemlich leidenschaftlichen Klassensammlungen. Das war vor etwa 60 Jahren. Und heute ...?

Ich blättere weiter, überspringe Jahre und Jahrzehnte. In die einzige Front der antimilitaristischen Revolutionäre tragen die Auer, Schipper, Heine u. a. das zerkrende Gift des Revisionismus. Und je mehr die Sozialdemokratie rote Fäden bekam, d. h. in die Breite ging, sich zur Massenpartei entwidete, um so särfer prallten die Gegenseiter aufeinander.

„Kanonen für Volksrechte!“ das wurde das Schlagwort all derer, die die prinzipielle revolutionäre Stellung zum Militarismus verneinten, sich mit dem Verstand des Klassenstaates ausgehöhnen hatten, und „demokratische Reformen“ zu Inhalt und Ziel der Bewegung stemmten.

Und als um die Jahrhundertwende der deutsche Imperialismus im Profitinteresse der Kapitalisten drohende Kriegsgefahr austrückte, und im Innern die Klassengegenseitigkeit im sozialen Kampfe tiefer denn je austrückt, da waren es Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, die das traditionelle Erbe des antimilitaristischen Kampfes mit scharfen Schmettern verwahrt. Rosa antwortete, als der Opportunist Schipper den Flottenvorlage Wilhelm II. die Parole: „Kanonen für Volksrechte!“ entgegnete, mit ihrem Meisterwerk revolutionärer Dialektik „Sozialreform oder soziale Revolution“.

Und Karl Liebknecht! Seit jenen Tagen verzeichnen die Protokolle sozialdemokratischer Parteitage immer wiederholend, seine Forderung antimilitaristischer Propaganda. So sprach er in Bremen 1904, in Jenau 1905 und muhte 1906 und 1908 selbst gegen August Bebel verschärften Kampf gegen den Militarismus verfechten ...

Hier schlägt das Dokument über ein halbes Jahrhundert sozialdemokratischer Parteigeschichte. Nicht die Geschichte der Sozialdemokratie in den vergangenen 20 Jahren. Sie ist noch nicht geschrieben, — aber das Urteil ist gefasst. — Der Panzerkreuzerbeschluss vom 11. August ist der konsequente Weg des 4. August, das unverhüllte Bekenntnis zum Sozialfascismus, das mit „Kanonen für Volksrechte“ begann und mit Panzerkreuzern gegen Ministerposten eine neue Stappe des Klassenverrates abschafft.

Sozialdemokratische Klassengenossen! Euch mahnt die antimilitaristische Tradition der revolutionären Arbeiterbewegung. Wo lebt sie noch? In der Partei der Panzerkreuzerbewilliger — oder — bei den Kommunisten? Antwortet! Entscheidet euch! Zieht die Konsequenzen! Bleibt eurer Sache treu! Tragt euch ein zum Volksbegehren!

W. Schneider, Stadtverordneter, Freital.

## Gewaltige Kundgebungen in Berlin

Berlin, 3. Oktober (Eig. Nachmeldung)

Gestern abend fanden in 21 Berliner Bezirken trotz heftigen Regens sehr nachvoll verlaufende Demonstrationen zur Einleitung des Volksbegehrens statt. Mit zahlreichen KFZ, Kapellen und Transponenten vollzog sich der Aufmarsch. Die spätberuhende Bevölkerung begrüßte oft durch lautmäßige Jubel die Aufzüge der Transponenten: „Nun erst recht! Volksentscheid gegen Panzerkreuzerbau! Alles bereit zum Schlag der Sowjetunion! Gegen Panzerkreuzer — für Wohnungsbau und Kinderspeisungen — für das Volksbegehren!“ In der Kundgebung wies einer der Redner auf die von dem Reichsbanner verübten Morde in Seckbach hin. Eine Minuten Spannung. Die Musik intonierte „Unterbliebener Opfer“. Das Gedankenspiel zu den Kameraden Müllers gestaltete sich zu einem erneuten Treuebekenntnis zur Kommunistischen Partei. Die wichtigen Kundgebungen des gestrigen Abends in 21 Bezirken in Groß-Berlin bildeten einen Auftakt für zehntausende Berliner Arbeiter, sich mit aller Kraft für den Sieg des Volksbegehrens einzurichten.

Die Gegner des Volksbegehrens, von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten, verlaufen mit allen Mitteln, den Kampf gegen den Panzerkreuzerbau unwirksam zu machen. Die bürgerliche Presse übt nach alter Kleinherrschaft die Totschweigefest. Auch die sozialdemokratische Presse übt die Totschweigefest, soweit es sich um die technischen Maßnahmen zu diesem Volksbegehren handelt.

Dann aber verläuft die SPD-Presse, in der wütendsten Form durch Heute gegen die KPD die Arbeiterschaft von der Beteiligung

an dem Volksbegehren abzuhalten. Keine Lüge ist zu plump, als daß sie nicht verachtet werden sollte. Nachdem die SPD-Außenseitergesellschaft gewertet hat, daß man mit der Thälmannpartei weder bei den Mitgliedern unserer Partei noch bei dem Groß der Arbeiter etwas ausrichten vermöge, geht man zu einer anderen, jedoch genau so plumpen Verwirrungsmethode über. Die SPD-Zeitung übernehmen mit Freuden eine Lügenmeldung aus dem Südblock Volkswillen, einem ehemaligen ultra-linken, jetzt sozialdemokratischen Blatte. Nach dieser Meldung sollen in Berlin und im Ruhrgebiet Parteijunctionäre der KPD die Durchführung der Arbeit zum Volksbegehren verweigert haben. Nach unten sofort eingesetzten Erkundigungen ist an all diesen Meldungen der SPD kein wahres Wort.

Die KPD-Sekretäre und Redakteure wissen selbst ganz genau, daß ihre Mitteilungen nicht den Tatsachen entsprechen, sie handeln aber nach dem Prinzip: „Schwindle nur drauflos, etwas bleibt schon hängen!“

Die Arbeiter werden auf den Schwund der SPD nicht hereinfallen. Die Massen des Proletariats sind mit uns gegen den Panzerkreuzerbau. Das zeigen die gestrigen Aufmärsche von Berlin, das zeigt die Sammeltätigkeit und die Ergebnisse der Sammlungen.

Unsere Aktionen werden auf die Hetzkampagne der SPD mit erhöhter Arbeitsteilung, die Arbeiter mit um so regerer Beteiligung am Volksbegehren antworten.

Heute beginnen die Einzeichnungen. Schon heute heraus, am ersten Tage schon demonstriert euren Willen!

Wie die Berliner Arbeiter aufmarschieren, so marschiert auch Düsseldorf auf. Alle Mann zu den Einzeichnungskontrollen!

## Die Lügenhege der KPD

Die sozialdemokratische Presse steht seit Tagen von Angriffen gegen die KPD. Ganz erklärlich: muß sie doch mit allen Mitteln verhindern, einen Aufmarsch der Massen zum Volksbegehren zu verhindern. Mit jedem Mitteln kann man das nicht machen. Die Tatsache der Zustimmung der sozialdemokratischen Minister zum Panzerkreuzerbau bleibt bestehen. Beide stehen die Tatsache, daß der Vorsteherstand mit aller Kraft die Partei in das imperialistische Fahrwasser hineinfährt steht, daß Seering im ganzen Reich herumgedreht, um die sozialimperialistische Politik zu predigen. Jetzt steht auch, daß auf den Redakteurkonferenz in Köln die jüdischen Redakteure geprügelt wurden. Auf der Reichsbannerbundestagung in Hannover (nicht Berlin, wie an einer anderen Stelle irrtümlich gemeldet wurde) haben die Sozialen eine dichte Abfuhr erhalten. Schröder haben auf dieser Reichsbannerbundestagung Hörsing und Seering den nationalsozialistischen Kurs proklamiert. Seering verkündete, 4 Jahre mindestens Minister bleiben zu wollen. Das heißt, die SPD-Minister werden sich den Forderungen der Bürgerlichen restlos unterwerfen. Die östlichen Sozialdemokraten hatten die Forderung erhoben, den Repräsentanten der SPD, Hermann Gleicker, zum Gauvorstand zu bestätigen. Die Bundesregierung hat diese Bestätigung nicht ausgesprochen. Die jüdischen „Lindent“ stehen überall da als die geprügelten Hunde, wie der altsozialdemokratische Kultstaat sie gesehen beschreibt. Aber die geprügelten Hunde vertraten treu und dienten die Panzerkreuzerpolitik des Vorsteherstandes. Sie lügen die Rute, mit der sie verdrohlt werden. Diese Redakteure, denen Wels die Schipper, Hellmann und Roske als Vorbilder hingestellt, und die dies schwiegend hinnahmen, die sich jetzt als die treuen Tritoline des Panzerkreuzerfuses gegen das kommunistische Volksbegehren ausspielen, eröffneten am vergangenen Freitag ihre Anwürfe mit einem Angriff gegen

die Arbeiterstimme. Wir seien einer der „bedrohlichsten und verrosteten KPD-Abteile“.

Nun, wir haben den Herren vom Weltcupplatz einige Male eine Möglichkeit geboten, zu zeigen, daß sie bedeutend klüger sind und etwas mehr verstehen. Wir haben sie zu theoretischen Auseinandersetzungen herausgefordert. Die Antwort war immer eine sade Schimpfarei. Im übrigen weiß die Volkszeitung genau, daß sie läuft, wenn sie den großen und breiten die Abhängigkeit der KPD-Zeitung und Angehörigen von Moskau in einer ganzen Spaltenbreite behandelt und dort die widerholtigen Behauptungen aufstellt. Der KPD-Geist wird nicht zum zufälligen Kabel bestimmt, wie die Volkszeitung behauptet, sondern vom Geist des internationalen Klassenkampfes. Dafür — davon sind wir überzeugt — mangelt aber den sozialdemokratischen Führern, auch den „Linden“, jedes Verständnis. Sie reden zwar von Internationalismus, sie sind auch bereit, die Notwendigkeit des Internationalismus der Arbeiter rhetorisch anzuerkennen. Aber ihre Handlungen sind rein nationalistisch. Sie Panzerkreuzerbau in Deutschland, Kriegsdienstgeley in Frankreich, Kolonialunterdrückung mit Kriegsschiffen in England. Überall, wohin man blickt, betreiben die Sozialdemokraten blanken bürgerlichen Nationalismus. Für wirkliche internationale Handlungen der Arbeiter, für die internationales Handeln der KPD haben diese Sozialdemokraten nur noch Schimpfareien, Verdächtigungen und Verleumdungen übrig.

Das zeigt die Versumpfung der SPD zu einer absoluten kleinbürgerlichen Bourgeoisiepartei. Hier sprechen die Taten der Sozialdemokratie aller Länder so direkt, daß jeder Arbeiter ansieht, das zu begreifen.

Als ein besonderes Juwel nimmt die SPD-Presse die Hambuger Vorfälle in der KPD. Hier nun glaubt sie einen Bissen gefunden zu haben, der ihr helfen soll, über die Panzerkreuzeraffäre hinwegzukommen. Bescheiden ist, daß die Volkszeitung, je mehr die „Linden“ geprügelt werden, um so lauter gegen die Kommunisten brüllt. Sie zeigt dem Vorstand, daß Prügel für sie die richtige Erziehungsweise sind. Wohl um dem Vorsteherstand zu gefallen, überschlägt sich die Volkszeitung in Schimpfareien. Wie der Korruption in der KPD kann sie nicht entkommen: „Doch Thälmann läßt an den Unterschlagungen beteiligt hat, ist nicht anzunehmen.“ Um aber trocken einen Verleumdungsfeldzug aufzulegen zu können, beginnt sie ihr Rabbelgeschwätz. Was dazu fachlich zu sagen war, ist schon oben geschehen. Im übrigen ist die Wahr

## Alle Sabotageversuche

bei der Durchführung der geplanten Bestimmungen über das Volksbegehren müssen in besonders krassem Falle

## sofort telegraphisch

dem Zentralkomitee gemeldet werden.

Telegrammadresse: Kompartei, Berlin.